

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921

7.7.1921 (No. 155)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich:
Hauptchrift-
leiter
C. A. m. b.
Druck
und Verlag
G. Braunische
Hofbuch-
druckerei, beide
in Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 21.60 M.; — Einzelnummer 25 P. — Anzeigengebühr: die 7mal gehaltene Zeile oder deren Raum 90 P. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifferter Rabatt, der als Kassencabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Klageerhebung, Vermögensverlust und Konturückverfall fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von böserer Gewalt, Streik, Sperre, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

* Der Reichskanzler zu den neuen Steuern.

Nochmals hat Reichskanzler Dr. Wirth im Reichstag das Wort ergriffen, um sich über die Finanzen des Reichs einerseits und über die neuen Steuerentwürfe andererseits auszusprechen. Nach Lage der Dinge konnten seine Mitteilungen über den zweiten Punkt wiederum nur allgemeiner Art sein, da die Gegenwürfe selbst ja noch nicht ausgearbeitet sind. Erst im September wird sich der Reichstag in aller Form mit den Einzelheiten zu beschäftigen haben.

Zumhina lassen die Darlegungen des Reichskanzlers aber deutlich erkennen, wie sich das Reichskabinett die Durchführung des neuen Steuerprogramms denkt, und auf welche Gegenstände sich die Steuererhebung erstrecken soll.

Der Reichskanzler geht von dem Grundsatz aus, daß diesmal indirekte Steuern nicht zu vermeiden sind, daß aber die neuen indirekten Steuern in einem annähernd gleichen Verhältnis stehen müssen zu den neuen direkten Steuern. Nach seiner Berechnung würde das Verhältnis sogar so aussehen, daß von der Gesamteinnahme von 80 Milliarden, die von der Durchführung der Steuererhebung erwartet wird, 54 1/2 Prozent der Einnahmen, also mehr als die Hälfte, auf die direkten Steuern entfallen.

Bei den direkten Steuern handelt es sich vor allem um einen Ausbau bzw. Umbau des Reichsnotopfers und eine Erhöhung der Kapitalertragssteuer, sowie um eine Besteuerung der Versicherungen und einen Ausbau der Automobilsteuern. Auch an eine Wettrennsteuer sei gedacht. Was das Reichsnotopfer anlangt, so belaste es das Vermögen mit 10 Prozent. Jetzt solle eine erhöhte Abgabe erhoben werden, die aber von Jahr zu Jahr, entsprechend der veränderten Valuta, neu zu veranlagten sei. Für Kleinrentner seien besondere Vergünstigungen vorgesehen. Die Reichsregierung bearbeitet zur Zeit den Plan einer Beteiligung des Reichs an der Industrie durch Sicherung eines Teils der Dividenden. Doch sollen dabei den Unternehmungen flüssige Mittel nicht entzogen werden. Der Vermögenszuwachs soll, soweit es sich um den nach dem 31. Juli oder mindestens nach dem 31. Dezember 1919 entstandenen Zuwachs handelt, durch eine Abgabe erfasst werden, jedoch nur in solchen Fällen, wo ein beträchtlicher Zuwachs vorliegt.

Ganz erhebliche Summen (etwa 8 Milliarden) verspricht sich der Reichskanzler von der Verbesserung der Veranlagungstechnik. Die Technik und die Steuerkontrolle sollen verbessert bzw. veredelt werden. Das sei oft wirksamer, als die Einführung neuer Steuern.

Was die indirekten Steuern betrifft, so plant man eineollerhöhung und den Ausbau bestehender indirekter Steuern, so der Kohlen-, Zucker-, Tabak-, Bier-, Mineralwasser- und Bändholzsteuer, sowie einen Ausbau des Branntweinmonopols. Die Kohlensteuer soll allerdings nur um 5 Prozent vermehrt werden.

Von einer Erhöhung der Umsatzsteuer finden wir in den Zeitungsberichten über die Rede des Reichskanzlers einstweilen nichts.

In der Debatte haben sich die meisten Redner, soweit es sich um die sachliche Stellungnahme zu den angelegten Steuerentwürfen handelte, einer starken Zurückhaltung befleißigt. Man will erst die Einzelheiten abwarten und dann nach sorgfältiger Prüfung sich entscheiden. Interessant waren die Ausführungen des Sprechers der Deutschen Volkspartei, der im Gegensatz zu dem deutschnationalen Abgeordneten Helfferich, bei aller Kritik an gewissen einzelnen Punkten des neuen Steuerprogramms doch die grundsätzliche Bereitwilligkeit seiner Partei zur Mitarbeit erklärte.

Wenn allerdings diese Mitarbeit davon abhängig gemacht wird, daß die Sanktionen alsbald aufgehoben werden und das oberschlesische Industriegebiet ungeteilt bei Deutschland verbleibt, so verstehen wir diese Logik nicht recht. Denn es wird doch nicht von uns und der Reichsregierung abhängen, ob diese beiden Forderungen erfüllt werden, sondern einzig und allein von dem guten Willen und der Einsicht der Entente. Ja, wir möchten sogar die Meinung vertreten, daß, wenn uns Oberschlesien zum Teil entzogen werden sollte, erst recht

alle Vaterländisch gesinnten Parteien die Verpflichtung hätten, in diesem Unglück treu zur Reichsregierung zu halten und sie in ihrer dann noch schwerer gewordenen Tätigkeit zu unterstützen.

Daß die Steuerentwürfe der Reichsregierung, wie sie gestern der Reichskanzler in großen Zügen dargelegt hat, zunächst in der Presse so ziemlich aller Parteien auf Kritik stoßen werden, ist vorauszuversagen. Der Grundsatz der sozialen Gerechtigkeit, den das Steuerprogramm Dr. Wirth zweifellos festhält, wird dadurch aber nicht in Frage gestellt. Da alle Schichten unseres Volkes nach Maßgabe ihrer Kräfte an den neuen steuerlichen Lasten mitleiden sollen, wird natürlich auch eine jede Schicht durch ihre parteipolitische Vertretung jenen Widerspruch erheben lassen, der nun einmal menschlich begreiflich ist und in der heutigen Geschichte von jeher eine so große Rolle gespielt hat.

Aber wir hoffen und glauben, daß bei näherem Zusehen und bei wachsender Einsicht in die wirkliche Lage und in die unumgänglichen Bedürfnisse des Reichs sich eine genügend starke Mehrheit finden wird, die dem Steuerprogramm des Reichskanzlers zur Annahme beifällt. Jedenfalls darf sich ein Jeder, der durch das neue Steuerprogramm belastet wird, damit trösten, daß auch sein Nachbar zur Steuer herangezogen wird. Was wir unter allen Umständen vermeiden müssen, das sind Extratouren des Egoismus! Gegen sie wird sich hoffentlich der gesunde Instinkt der großen Mehrheit unseres Volkes zu wenden wissen.

Politische Neuigkeiten. Deutscher Reichstag.

Berlin, 6. Juli. Der Entwurf zum deutsch-belgischen Abkommen über den Friedensvertrag wird in allen drei Lesungen angenommen, ebenso das Gesetz über die Abänderung des Reichsbeamtengesetzes von 1893.

Zum Gesetzentwurf über die Neuordnung der im Handels- und Gewerbebetrieb in der Regelung des festen Verhältnisses der Handlungsgehilfen und technischen Angestellten vorgesehenen Gehaltsgrenze beantragt der Ausschuss unveränderte Annahme und gleichzeitige Aufnahme einer Entschärfung, die die Erwartung ausdrückt, daß der in Aussicht gestellte Gesetzentwurf über die vorläufige Regelung des Wettbewerbsverbot für die technischen Angestellten noch in der nächsten Tagung des Reichstages verabschiedet werden kann. Die bisherige Schutzzgrenze soll der augenblicklichen Gehaltsgrenze entsprechend von 5000 auf 80 000 M. erhöht werden. Der Gesetzentwurf und die Entschärfung werden debattiert angenommen, ebenso in dritter Lesung der Entwurf über die anderweitige Feststellung der Leistungen und Beiträge unserer Invalidenversicherung wird in zweiter und dritter Lesung behandelt.

Die unabhängigen sozialistischen Anträge auf Erhöhung der Leistungen werden abgelehnt. Der Rest der Vorlage wird im wesentlichen nach den Ausschussbeschlüssen angenommen. Ebenfalls angenommen wird das Gesetz über die Erhöhung der Gebühren der Rechtsanwälte und der Gerichtsvollzieher.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die Erweiterung der Wochenruhe und Wochenfürsorge. Die Vorlage wird mit unwesentlichen Änderungen in zweiter Lesung angenommen. Die unabhängigen Anträge werden dem sozialpolitischen Ausschuss überwiesen.

Es folgt die zurückgestellte Abstimmung über das kommunische Mißtrauensvotum gegen den Reichsjustizminister wegen seines Verhaltens im Falle Jagow. Das Mißtrauensvotum wird in einfacher Abstimmung gegen die Stimmen der Kommunisten und Unabhängigen abgelehnt.

Der Gesetzentwurf über die Gewährung von Beihilfen an Renteneinpfänger aus der Angestelltenversicherung und über die Erhöhung der Gehaltsgrenze bei der Angestelltenversicherung wurde in dritter Lesung gegen die Kommunisten angenommen.

Es folgt der Bericht des Ausschusses für Bevölkerungspolitik über den Alkoholmißbrauch. Der Ausschuss fordert einen Gesetzentwurf gegen den Alkoholmißbrauch, Bekämpfung der Wirtshäuser und Dielen und der Alkoholkonsum bei den Reichseisenbahnen. Er fordert die Regierung auf, dem Drängen auf Verlängerung der Polizeistunde von Reichsweegen nicht nachzugeben. Das Haus vertagt die Aussprache über diesen Gegenstand.

Es folgt die erste Beratung des Nachtrages zum Reichshaushaltsplan. In der allgemeinen Aussprache erhält zunächst das Wort Reichskanzler Dr. Wirth. Er führte folgenden aus:

„Es ist 2 Jahre her, daß in der Nationalversammlung die ungeheure schwere Aufgabe der finanziellen Liquidation des Weltkrieges hervortrat. Der Bedarf des Reichs und der Länder wurde damals auf 25 Milliarden geschätzt. Es wurde aber bei der Schätzung der Reichsfinanzen ausdrücklich darauf hingewiesen, daß es sich nur um Annäherungswerte handelte und größere Unbekannte noch nicht feststünden. Namentlich die Summe, die wir jährlich nach dem Friedensschluß schulden würden. Dazu kamen 2 unbekannte Faktoren, deren Vorhandensein wir in den letzten Jahren erst zu spüren bekommen haben: Die Geldentwertung und die nachträglichen Kriegsaus-

gaben. Zahlreiche Kriegsanleihen wurden aufgenommen. Ein furchtbarer Raubbau mit allen Werten begann, nicht zum wenigsten mit Menschkraft. Die Erhebung dieser verbrauchten Kapitalien konnte nicht ohne Eingreifen des Reiches erfolgen. Das Reich mußte eine große Schuld übernehmen, die um so empfindlicher wurde, als jede verbrauchte Goldmark ein Vielfaches in Papiermark darstellte.

Die Entwertung des Geldes ist der zweite Faktor, der unsere Finanzlage charakterisiert und sie bis zu einem gewissen Grade unburchsichtig gestaltet. Die Inanspruchnahme der deutschen Volkswirtschaft während des Krieges bis zur Erschöpfung, die Verpflichtungen gegen das Ausland und der Zusammenbruch der Wirtschaft, das alles in Verbindung mit den großen politischen Umwälzungen und der geforderten Anpassung der Inlandpreise an den Weltmarktpreis und der Aufhebung der Zwangswirtschaft! Diese Zustände haben zur Folge, daß das Bild der Finanzlage des Reichs in ungeheurer Verzerrung erscheint.

Während wir hinsichtlich unseres Einkommens diese veränderten Relationen sehr wohl zu würdigen wissen, taucht dem Steuerzahler die Erinnerung an die Goldmark in dem Augenblick wieder auf, wo es gilt, Steuern zu zahlen. So muß auch der gegenwärtige Etat betrachtet werden, ebenso unsere Leistungen an das Reich. Jeder andere Vergleich bedeutet eine Irreführung des deutschen Volkes.

Der Kanzler ging dann die einzelnen Positionen des Etats durch und meinte, dieser müsse so rasch wie möglich abgebaut werden. Darüber werde sich die ganze Welt klar sein, daß jede Steuerpolitik ad absurdum geführt werde, so lange die deutsche Reichsmark dauernd dem Abgrund zustürzt. Da brauche man keinen Finanzminister mehr, sondern einfach einen Referenten, der die Budgetpresse in Bewegung bringt. Mit Rücksicht auf das Schwanken der deutschen Valuta sind die deutschen Leistungen mit Vorbehalt zu beurteilen. Eine Festsetzung der Reparationslasten auf erträgliche Höhe müsse das Ziel der ganzen Welt sein. Auch auf der Gegenseite sei die Notwendigkeit der Einschränkung der Besatzungskosten gegeben worden. Für die ersten Jahre werde man mit einer Papiermarkbelastung aus dem Ultimatum in Höhe von 42 Milliarden rechnen müssen. Dazu kämen die Besatzungskosten. Bei der Stabilisierung des Geldwertes werde sich alles zusammen auf 3,3 Milliarden Goldmark jährlich, d. h. auf 40—45 Milliarden Papiermark stellen. Die soll nun eine Deckung gefunden werden. Das Ziel sei, daß die laufenden Kontributionen aus den laufenden Einnahmen gedeckt werden. Wir ständen jetzt vor der zweiten Phase der deutschen Finanzreform. Die erste habe der Durchführung des Gleichgewichts im Etat gegolten; trotz der hohen Belastung für das ganze Volk werde man doch versuchen müssen, die indirekten Steuern auszubauen.

Der Kanzler kommt dann auf die direkten Steuern, die sogenannten Besitzsteuern zu sprechen. Es handle sich um eine Verbesserung der Technik und Steuerkontrolle. Dies sei oft wirksamer als die Einführung neuer Steuern. Auf diese Weise sei noch eine hohe Zahl von Milliarden zu erlangen. Weiter sei an einen Ausbau des Reichsnotopfers und eine Erhöhung der Kapitalertragssteuer, sowie eine Besteuerung der Versicherungen und einen Ausbau der Kraftfahrzeugsteuer gedacht. Auch eine Wettrennsteuer sei vorgesehen.

Unter den indirekten Steuern plane man eineollerhöhung und den Ausbau bestehender indirekter Steuern, so der Kohlen-, Zucker-, Tabak- und Biersteuer, ferner den Ausbau des Branntweinmonopols, der Mineralwassersteuer und der Bändholzsteuer.

Der Grundgedanke des Reichsnotopfers sei, daß der Besitz nach Maßgabe seiner Leistungsfähigkeit Opfer bringen sollte. Die Besitzer von Realvermögen seien nicht soweit belastet, wie die Besitzer von Papiervermögen. Ein Ausgleich müsse durch Wiederherstellung des ursprünglichen Gedankens des Reichsnotopfers geschaffen werden. Auch hier müsse die Wertverschiebung berücksichtigt werden. Es könne auch eine Besserung des Geldwertes eintreten. Darum sei die Schaffung eines beweglichen Faktors nötig, der der Entwertung des Geldes Rechnung trage und eine ungleichmäßige Behandlung der Besitzer ausschließe.

Das Reichsnotopfer belaste das Vermögen mit 10 Prozent. Jetzt solle eine erhöhte Vermögensabgabe erhoben werden, die von Jahr zu Jahr neu zu veranlagten sei. Die Körperschaften, besonders die Erwerbgesellschaften, sollten für die nächsten Jahre dazu herangezogen werden. Für Kleinrentner seien besondere Vergünstigungen vorzusehen. Für andere Abgabepflichtige kämen besondere Übergangsbestimmungen in Frage. Die Schätzungen bei der Frage des Umbaus des Reichsnotopfers könnten erst gegeben werden, wenn der Entwurf vorliege. Es dürfe mit 7—8 Milliarden gerechnet werden.

Die Reichsregierung bearbeite zurzeit den Plan einer Beteiligung des Reichs an der Industrie durch Sicherung eines Teils der Dividenden. Es müsse dabei vermieden werden, daß den Unternehmungen flüssige Mittel entzogen würden. Deshalb seien für die Unternehmungen die anderen Steuern zu modifizieren. Anfang September würde dem Reichstag nähere Mitteilung zugehen.

Weiter kommt in Frage die Besteuerung des Vermögenszuwachses, der allerdings zum Teil schon durch die früheren Kriegsausgaben und die Einkommensteuer erfasst sei. Es erscheint jedoch geboten, den nach dem 31. Juli oder mindestens nach dem 31. Dezember 1919 entstandenen Zuwachs durch eine Abgabe zu erfassen, zumal die Besitzsteuer gering sei. Es solle sich jedoch nur um Fälle von beträchtlichem Zuwachs handeln.

Von der Verbesserung der Veranlagungstechnik erwarte man 8 Milliarden mehr als im Vorjahr, wenn das Wirtschaftsleben nicht weiteren Störungen ausgesetzt werde. Aus der ganz geringen Vermehrung der Kohlensteuer um 5 Proz. erwarte man ein Plus von 32—36 Milliarden. Nach Durchführung der Steuererhebung können wir mit einer Gesamtein-

nahme von 80 Milliarden rechnen. Es ist weiter der Valutagewinn zu erwägen.

Es schweben noch Erwägungen darüber, die Steuer so zu gestalten, daß sie einen Anreiz zur Produktivität der einzelnen Bergwerke und Betriebe bietet. Im Zusammenhang damit ist noch die Frage des Kohlenhandelsmonopols erwägen. Im nächsten Jahre werden sich die direkten Steuern auf 40½ Milliarden stellen. Dazu kommen die einmaligen Einnahmen vom Vermögenszuwachs und von den Nachkriegsgewinnen im Betrage von 1 Milliarde. Die indirekten Steuern sollen 36½ Milliarden ergeben. Danach ergeben sich 54½ Prozent der Einnahmen aus den direkten Steuern. Dazu tritt noch die Belastung der Länder und Gemeinden. Wenn es gelingt, diese großen Mehreinnahmen zu schaffen, so ist die Voraussetzung für die dritte Etappe der Finanzreform gegeben, die aber erst später erfolgen kann, das Problem der Stabilisierung des Geldwertes und der Währungsreform. Das Programm steht erst in großen Umrissen fest. Wichtig ist, daß wir auch den Reparationsetat in geordnete Bahnen lenken.

Die Garantief Kommission hat in einer Note uns geschrieben, sie erkenne die volle Bedeutung einer Festigung der Valuta für die Ausführung der Verpflichtungen gegen die Alliierten an. Es gebe einen doppelten Faktor zur Befestigung der Valuta, das Gleichgewicht des Budgets und die Einstellung der Ausgabe von ungedeckten Banknoten. Das Garantiefomitee verkenne nicht die Schwierigkeiten der deutschen Regierung, sei jedoch der Ansicht, daß noch durchgreifendere Reformen erforderlich seien. In anderen Fällen müßten die Maßnahmen der Alliierten geändert werden. Diese Warnung ist zu beachten, aber wir dürfen fragen, ob nicht nun auch von der anderen Seite die Sanktionen zum Abbau kommen, die der deutschen Wirtschaft so große Wunden geschlagen haben. Es ist eine unerwünschte Tatsache, daß zwar große Reformen von uns verlangt, während die Sanktionen am Rhein den deutschen Volkstörper schwächen und das Loos im Westen für Schieberwaren geöffnet wird.

Das gleiche gilt von der Stabilisierung der Verhältnisse in Oberschlesien. Wir wollen die Opfer auf uns nehmen, aber die Sanktionen müssen von uns genommen werden. Es muß eine mittlere Linie gefunden werden, auf der sich das deutsche Volk einigt. Die Politik der Sanktionen war geeignet, über jede fleißige Arbeit einen Melanchole zu erschaffen und Lähmung zu geben. Soll das deutsche Volk sich an dem Wiederaufbau Europas beteiligen, so gebe man ihm freien Raum. Wir haben den ehrlichen Willen, wir erwarten die gleiche Antwort von der Gegenseite.

Nach der Rede des Kanzlers betonte der Zentrumsvizepräsident, eine vorzeitige Debatte sei nicht angebracht, da man erst die Vorlage der einzelnen Gesetze abwarten müsse. Zu ähnlichen Szenen kommt es dann, als der Deutschnationale Helfferich erklärt, seit den Tagen von Rathenau sei noch nie ein Volk so behandelt worden, wie jetzt Deutschland. Die Linke fordert, daß Helfferich nicht weiter spricht und versucht, ihn durch Schreien zu überhören. Als endlich etwas Ruhe eintritt, bemüht sich Helfferich, nachzuweisen, daß die Einnahmen, die der Kanzler genannt hat, nicht ausreichen werden. Das Ultimatum sei nun einmal nicht erfüllbar; man könne machen, was man wolle. Auf die einzelnen Steuerpläne geht es nicht ein, da man die Vorlagen abwarten müsse. Der Mehrheitssozialist Keil polemisiert gegen Helfferich, dem das Volk das ganze Unglück zu verdanken habe. Nach ihm erhält der Volksparteiler Becker seinen das Wort, der die Unklarheit des Finanzprogramms rügt. Aus diesem Programm könne man herauslesen, was man wolle. Seine Partei habe das Ultimatum nicht unterschrieben, werde aber an der Erfüllung mitarbeiten, obwohl die Erfüllung nach seiner Ansicht unmöglich sei. Der Kanzler habe Recht, wenn er in erster Linie Aufhebung der Sanktionen verlange. Nach dem Volksparteiler betont der Unabhängige Crispian, jetzt komme es darauf an, daß die Westmächte in Deutschland die Schuld abtragen, die sie dem deutschen Volk aufgebürdet haben. In dem Gedanken einer Beteiligung des Reiches an der Industrie sieht der Redner den ersten Schritt zur Sozialisierung. Für die Demokraten betonte der Abg. Keimath, die einzigen Kapitalien, die wir noch besitzen, sind die geistige und körperliche Arbeitskraft und die Goldwerte. Diese müssen nutzbar gemacht werden und alle Hemmungen, die noch der Entwicklung unserer Volkswirtschaft

entgegenstehen, müssen beseitigt werden. Da aber andererseits noch Vorschriften und Wünsche der Garantief Kommission fehlen, so kann man heute noch nicht feststellen, was wir an Steuern aufzubringen haben. Auch Abg. Leicht (Bayer. Volksp.) betont, daß es keinen Zweck hat, jetzt zu der Steuererklärung Stellung zu nehmen; man müsse bis zum Herbst warten. — In später Abendstunden bewilligt das Haus dann noch eine Reihe von Entschlüssen, wobei es vor leeren Banketten und leeren Tribünen teilweise noch zu heftigen Auseinandersetzungen kommt.

Noch einmal wird der Fall Jagow dabei von dem Unabhängigen Mosenfeld angeschnitten, der behauptet, Minister Schiffer habe nach dem Kapp-Putsch Amnestie versprochen, was Schiffer bestritt.

Endlich vertagt sich das Haus dann nach mehr als 10stündiger Sitzungsdauer auf Donnerstag vormittag 10 Uhr.

Die Vorgänge in Oberschlesien.

Paris, 6. Juli. Den französischen Pressevertretern wurde gestern abend im Ministerium des Auswärtigen erklärt, der Zwischenfall in Weutchen habe nur lokalen Charakter. Es handle sich um eine Polizeianglegenheit, deren Regelung der interalliierten Kommission vorbehalten bleiben müsse. Diese Auffassung vertritt auch eine ganze Reihe von Vätern, darunter die Victoire, die nachdrücklich betont, daß man unmöglich die Verantwortung dem Kabinett Wirth zuschieben könne.

Berlin, 6. Juli. Wie die Blätter aus Breslau melden, ist nach den letzten Nachrichten der Weutcher Zwischenfall als von polnischer Seite inszeniert zu betrachten. Die Insurgenten wollten dadurch eine Unterbrechung der Räumungsaktion herbeiführen. Der fragliche Schuß, welcher die dauerlichen Ereignisse in Weutchen auslöste, fiel aus dem französischen Kasinogarten, worauf wie auf ein Signal Schüsse polnischer Insurgenten aus einer Seitengasse erfolgten. Von einem dieser Schüsse wurde der als den Deutschen gegenüber sehr loyal geltende französische Major Montalegre getötet. Die ärztliche Section des getöteten Offiziers hat ergeben, daß derselbe nicht durch einen Pistolenschuß, sondern durch einen Gewehrschuß getroffen wurde. Da die Deutschen nicht im Besitze von Gewehren sind, kann der Schuß nur von polnischer Seite abgegeben worden sein.

Berlin, 6. Juli. Gemäß den getroffenen Vereinbarungen hat der deutsche Selbstschutz am 5. d. M. das oberschlesische Abstimmungsgebiet verlassen und ist auf Befehl seines Führers, Generalleutnant Öster, aufgelöst worden.

Ratibor, 6. Juli. Wie heute einwandfrei feststeht, steht in diesem Augenblick folgendes polnisches Militär auf oberschlesisch Gebiet: Schopink: Inf.-Reg. 64; Neu-Berun: zwei Schwadronen der 18. Ulanen; Krawahütte: Inf.-Reg. 116; Sosnowitz: Pioneer-Reg. 11. Teile davon in Schopink. In Rybnitz stehen 6 gepanzerte Lokomotiven, 2 vollständige Panzerzüge mit je drei Feldgeschützen und mehreren Maschinengewehren. In Tatischeau richten die Polen einen Geschütz- und Minenzerferpark mit sehr viel Munition ein. In Balone liegt die sog. Marinebrigade. Diese hat sich selbständig erklärt und weigert sich zurückzugehen. Sie besteht gegenwärtig aus 2000 bis 3000 Mann und besitzt 8 7,5 Zentimeter-Geschütze, 4 10,5 Zentimeter-Gaubitzen und 4 französische Tanks.

Die polnische Valuta und Oberschlesien.

Die Polenmark ist auf den Wert von zwei deutschen Reichspfennigen gesunken und wird an der Warschauer Börse nicht mehr notiert. Da die deutsche Mark selbst schon auf einen Bruchteil ihres ehemaligen Goldwertes herabgesunken ist, so läßt sich ermesen, daß der Wert der polnischen Mark zahlenmäßig schon jetzt nicht mehr zu erfassen und eigentlich nur noch eine gedachte Größe ist. Diese Tatsache scheint nun, wie die „Frankf. Ztg.“ schreibt, selbst in Polen eine gewisse Bestürzung herbeigeführt zu haben. Man hat dort alles auf Oberschlesien abgeleitet. Wenn dieses dem Polenfall zufiele, so meinte man in Warschau, dann sei man aus allen Nöten heraus. Das ist die Art des vergeßlichen Jagardeurs, der immer auf den großen Glücksfall, sei es im Spiel, sei es in der Lotterie oder sonstwo spekuliert und daraufhin Schulden macht. So ist die „polnische Wirtschaft“, die Lebensweise der polnischen Aristokratie historisch geworden, die aus dem alten Polen einen Haufen verlotterten Verfallenen gemacht und in drei Jahrhunderten die deutschen Weichselstädte verschlampt hatte, so

daß Preußen sie erst wieder aus den Trümmern neu aufbauen mußte. Auch jetzt schon wieder hat diese Wirtschaft in Polen und Westpreußen nach der Seite der Ausbeutung, Verschleuderung und Engherzigkeit hin Bedeutendes geleistet. Es genügt nicht, sich an patriotischen Phrasen und romantischen Nachträumen zu betrauen. Man sollte meinen, daß ein Staat, der keinerlei Reparationen zu leisten hat, der sich an der großen Ausplünderung Deutschlands tapfer beteiligt hat und dafür von Frankreich wie ein unartiges Kind verhätschelt worden ist, sich auch in diesen schwierigen Zeiten mühe wirtschaftlich halten können. Statt dessen geht es mit wachsender Geschwindigkeit abwärts. Die Gesetze der Wirtschaft gelten eben trotz aller Politik, die die Ausfuhr von Aufbruchanden bleibt trotz Herrn Le Rond ein unwirtschaftliches Unternehmen.

Freispruch für Stenger, 2 Jahre Gefängnis für Crusius.

Vom Reichsgericht wird folgendes Urteil verkündet: Generalleutnant Stenger wird freigesprochen. Der Angeklagte Major Crusius wird wegen fahrlässiger Tötung zu zwei Jahren Gefängnis und zum Verlust des Rechtes zum Tragen der Offiziersuniform verurteilt, im übrigen freigesprochen. Die Unterzeichnung wird angerechnet. Die Kosten des Verfahrens werden der Staatskasse auferlegt.

Im Streit um Steiner

hatte, wie wir berichteten, vor kurzem Otto Debatin aus dem „Völkischer“ über die Weitzungen Rudolf Steiners u. a. folgendes ausgeführt:

„Ich bin nicht traurig im höchsten Grad gegen die Echtheit der sozialen Bewegung von Reuten, die auf der einen Seite in unendlich vielen und auch schönen Reden von honigfühlendem Wohlwollen für das Geistesleben des Proletariats triefen und die zu gleicher Zeit — in Zeiten höchster leblicher Not — nach Zeitungsmeldungen für den monströsen Steiner-Tempel „Goetheanum“ in Dornach bei Basel, der eine ganz überflüssige Marotte ist, Unsummen, 5 Millionen Franken, das sind nach dem heutigen Kurs mehr als 60 Millionen Mark, übrig haben!“

Darauf erwidert nun Wendenböcker, ein Anhänger Steiners, mit folgenden Ausführungen, die wir aus Billigkeitsgründen ebenfalls wiedergeben:

„Selbst wenn der Steiner-Bau heute in der Schweiz gebaut würde, so wären dafür kein 50 Millionen Papiermark aufzuwenden. Der Bau wurde aber schon 1913 errichtet und steht nur deshalb in der Schweiz, weil die deutschen Baubehörden seinerzeit nicht die Genehmigung erteilten, den Bau in der geplanten Form in München zu errichten. Es kann also keine Rede davon sein, daß „mehr als 60 Millionen Mark“ für den Bau aufgewendet wurden. Damit entfällt für Otto Debatin jedes Recht zu der ehrenrätenden Angewandlung der „Echtheit der sozialen Bewegung von Reuten“ (wogegen auch der Unterzeichnete gehört), die durch erhebliche finanzielle Opfer den Steiner-Bau ermöglicht haben.“

Badische Übersicht.

Badischer Landtag.

Der Landtagsausschuß zur Nachprüfung des Geschäftsbahrens der Landwirtschafskammer gelangte in seiner Sitzung am Montag einmütig zu folgendem Schlußantrag: Der Landtag wolle 1. sein Bedauern darüber ausdrücken, daß eine öffentliche Körperchaft wie die Landwirtschafskammer und einzelne ihrer Beamten in einer Reihe von Fällen gesetzlich nicht einwandfrei gehandelt haben, 2. das gewonnene Material dem Ministerium des Innern als Staatsaufsichtsbehörde zur weiteren Veranlassung überweisen.

Tagesordnung für die 48. Sitzung am Dienstag, den 12. Juli, nachmittags 3 Uhr: Bericht des Ausschusses für Rechtspflege und Verwaltung und Beratung über den Gesetzentwurf, das Fürsorgegesetz für Gemeinde- und Körperschaftsbeamte betr., samt einschlägigen Gesetzen (Druck. Nr. 112 von 1919/20, Nr. 86), Berichterstatter: Abg. Siegelmaier-Oberkirch.

Wilhelm Speck.

Zu seinem 60. Geburtstag am 7. Juli 1921.
Von Will Scheller.

„Möge die deutsche Erde nach der langen Winterstarrte wieder mit frischem Grün ausschlagen, in dem neuen Frühling stolz und freudig ihre Krone heben und mit allen ihren knospenden Zweigen frei und fröhlich rauschen, einer neuen Zeit entgegen. Möge in dieser entscheidenden Zeit und Stunde unser Volk in einem unberechneten Glauben und in einem von Gottes- und Vaterlandsliebe glühenden Herzen die Bürgerschaft in sich fühlen, daß es zu neuen Aufgaben und zu neuem Glück unter den Völkern fähig und würdig geworden sei.“ Diese von echtem Deutschtum erfüllten Worte stehen in der Einleitung, die Wilhelm Speck der Kriegsausgabe seiner Erzählung „Ursula“ mit auf den Weg gegeben hat. Sie scheinen zunächst schmerzlich anzuklingen in dem Bedenken, welche Entwicklung seitdem das Schicksal Deutschlands genommen hat. In Wirklichkeit sind sie aber doch, jedes für sich, so kraftvoll und tief begründet und in ihrem Zusammenhang so festgefügt, daß nicht anzunehmen ist, der Dichter werde sie jetzt nicht mehr unterschreiben.

Eine solche Sinnesänderung würde auch im Widerspruch zu seinem Charakter stehen, einer Wesensart, welche durch die Bücher, die er geschrieben hat, eindeutig dokumentiert wird. Speck ist kein Fabrikant literarischer Massenartikel wie jene Unterhaltungsschriftsteller, deren Namen in Leihbibliotheken und Salons einen übermächtigen Klang besitzen, weil es ihre besondere Fertigkeit ist, der Masse zu geben, was sie in blindem Drange verlangt. Der heftige Dichter ist sparsam in seinen Äußerungen, fast zurückhaltend, wie es schon die Weise seines Stammes ist, aber auch aus einem anderen Grunde: das innere Erlebnis, welches sein Schaffen von Fall zu Fall begründet, ist kein oberflächliches, flüchtiges Spiel der Phantasie, sondern eine Begegnung, in die er mit Gemüt und Geist so tief verflochten ist, daß er sich erst spät von ihr lösen kann; erst wenn sie eine solche Reife gewonnen hat, daß sie auf natürliche Art vom Ursprung sich trennen läßt wie im Herbst die Frucht vom Baum, erst dann gibt er sie der Welt preis. Infolgedessen aber haben seine wenigen Bücher auch jenen starken Duft und vollstättigen Geschmack, der irgendwelcher äußeren Reize nicht bedarf, um das ganze jeweils dem Lesenden nahezubringen. Es genügt vielmehr, eine Seite aufzuschlagen, und schon macht sich eine warme, vollstättige Leben durchglühete Atmosphäre bemerkbar, der kein empfindsamer Mensch sich entziehen kann.

So ist alles, was Speck sagt, in der Tiefe seines Daseins verwurzelt und durch vorübergehende Erscheinungen des äußeren Lebens nicht bedingt. Jene hoffnungsvollen Worte aus der Einleitung zu „Ursula“ besprechen mittig auch heute noch

zu Recht, ja, sie haben vielleicht gerade infolge der veränderten Verhältnisse eine um so größere Bedeutung. Eine Betrachtung der Welt- und Lebensanschauung, wie sie in Specks Werken vorwaltet, mag das veranschaulichen.

Wilhelm Speck hat als Gefängniswärter das menschliche Leben von seiner dunkelsten Seite her kennen gelernt. Es ist sonach verständlich, daß die „Helden“ seiner Erzählung hauptsächlich schuldbeladene Wesen sind, in deren verworrenem Schicksal der Dichter nun hineinleuchtet. „Menschen, die den Weg verloren“ ist deshalb mehr als der gemeinsame Titel von „Ursula“ und „Die Flüchtlinge“, von denen das letztere Werk mit einem so scharfen Mißklang endet, sondern ein Programm. Aber Speck begnügt sich nicht mit einer realistischen Darstellung. Er sieht vielmehr seine Aufgabe darin, nachzuforschen, ob nicht doch in den peinvollen Verwicklungen, unter denen seine Helden leiden, Möglichkeiten zu einer Lösung liegen, die über die vergängliche Erdenlast hinausführt. Weit davon entfernt, seine Erzählungen etwa mit pyramidalen Moralpredigten zu durchsetzen, ist er bestrebt, das Menschliche in seiner reinsten Blüte aufzuklären und mit der allgemeinen Weltordnung in Einklang zu bringen.

Dieser tiefe, tiefsinnige Optimismus bricht sich in seinen Erzählungen immer wieder Bahn und feiert zumeilen, wie im „Joggeli“, stille Triumphe. Aber selbst in einem so „traurigen“ Buch, wie in dem Hauptwerk des Dichters, dem Roman „Zwei Seelen“, ist es Speck, nach einem Wort Paul Scheffes, gelungen, „mit dem vielen Peinlichen, Trostlosen immer wieder zu verjöhnen“ und allerdings auch mehr zu erreichen als die Anteilnahme an dem Schicksal eines innerlich guten Menschen, der auf dem Weg zur Höhe immer wieder strauchelt und ins Dunkel zurückgeschleudert wird. Viel zu wahrhaftig, als daß er Geschiedenen erlöse, um ihnen, zur Freude aller, einen ruhigen, einen ruhrenden Abschluß zu geben, verfallt Speck doch nicht in das andere Extrem, schwarz in schwarz zu malen. Davor beharrt ihn freilich schon seine niederdeutsche Heimat. In dieser Welt sanfter, edel geschwungener Hügel, silberner Flüsse, märchenhafter Wälder, bunter Auen, idyllischer Täler mit ihren gemächlichen kleinen Städten und Dörfern, wo die Menschen vielfach noch in altgewohnter Tracht und Sitte leben, in dieser keineswegs heroischen, dafür aber umso herzlicher anheimelnden Landschaft kann das Unglück sich nicht zu verheerender Höhe steigern. Die Liebe zur Umwelt und Natur, die sich in den heinsten Schilderungen Specks offenbart, kann darum nicht ohne Einfluß gewesen auf das, was immerhalb dieser Szenerie vorgeht. Zwei junge Menschen etwa, die sich durch leidenschaftliche Jünglingsliebe in Schuld verstrickt haben und als „Flüchtlige“ durch den Sommer wandern, werden deshalb von den Segnungen nicht übergegangen, welche die Natur zu vergeben hat an jedem Tag und zu jeder E-

Und mag auch die Disharmonie mancher Fügung nicht auflösen sein, so verlingt sie doch in der Darstellung des Dichters in Akkorden, auf welche ein Vers Johann Rastalters, des heftigen Niederammlers und Liedichters, eines Freundes von Wilhelm Speck, angewandt ist, der sich in einem Speck gewidmeten, Rastalters „Feldblumen“ entnommenen Sonett findet:

In Herzensschächte deine Milde senkte
Sich tief als des Erbarmens leuchtend Zeichen,
Es mußte Weltweh Menschenliebe weichen:
Die Freude wieder ihre Fahnen schwenkte.

Zu solcher Wirkung trägt wahrlich nicht zuletzt die Sprache bei, in welcher Wilhelm Speck zu schreiben pflegt. Diese Sprache verzichtet zwar auf Prunk und Feinheiten, aber sie erfährt diesen Mangel, der nicht einmal immer ein Mangel ist, durch die geheimnisvolle Fähigkeit, das Feinste an Stimmung und Empfindung, um noch einmal Besse zu zitieren, in immer neuen Bildern von höchster Wirkungskraft auszudrücken, so daß, ganz abgesehen von den Begegnungen und Charakteren, die in buntem Wechsel lebhaftig vorüberziehen, die Darstellung selbst in ihre feinen Falten zu verfolgen ein unerhöflicher Genuß ist. Im übrigen kann Specks sprachliche Eigenart kaum besser gekennzeichnet werden, als mit den Worten, die Hanns Martin Elster in seiner Einleitung zu „Zwei Seelen“ in der Ausgabe der Hamburger Dichtergedächtnisstätte gefunden hat: „Eichendorffs, Mörikes, Stifferts und Raabes Stimmen glaubt man oft zu vernehmen, mit dieser Dichter Augen oft zu sehen: leichten Endes sind es doch aber immer Specks Worte, Specks Blide. Denn seine Einfachheit im Ton, seine Greifbarkeit im Herzen, seine Innerlichkeit im Schauen bilden bei ihm zusammen mit seiner Weltanschauung voller Güte und voller Verstehen die wunderbare Einheit, die nur der große Dichter, der zugleich eine Persönlichkeit ist, besitzen kann. Wer einmal den reinen Feiertagsklang in den Büchern Specks vernommen hat, wird ihn immer hören, so lange das Lebens Gloden klingen.“

Wilhelm Speck, der Deutsche, hat seinem Volk in verhältnismäßig Wenigem unendlich viel gegeben, das weit über seine Zeit hinauswirkt wird. Deshalb darf sich das deutsche Volk auch in einer Epoche der Erniedrigung, wie es sie jetzt erlebt, an den Worten aufrechten, die der Dichter im Vertrauen auf die innere Kraft des Deutschtums gefunden hat. Die bevor das nationale Unglück offenbar den reinen Feiertagsklang in dem diejenige Wilhelm Specks mit tiefem Nachhall tönen wird, um die Deutschen an ihr eigenes Wesen, an ihre wahre Aufgabe und ihr tiefstes Glück bedeutungsvoll zu gemahnen.

Stundung der Einkommensteuer für 1921.

P.A. Nach einer Verordnung des Reichsfinanzministers vom 7. Juni ds. Js. wird die für das Rechnungsjahr 1921 geschuldete vorläufige Einkommensteuer vom Arbeitslohn ganz oder teilweise einbewilligt gestundet. Um keine missverständliche Auffassung dieser Anordnung aufkommen zu lassen, sei auf folgendes hingewiesen: Es ist beabsichtigt, den Steuerabzug vom Arbeitslohn so zu gestalten, daß er bei Arbeitslöhnen bis zu 24000 Mark die endgültige Einkommensteuer darstellt. Ein dementsprechender Gesetzentwurf liegt dem Reichstag bereits vor; diese Regelung soll mit rückwirkender Kraft vom 1. April 1921, also vom Beginn des Rechnungsjahres 1921 an, erfolgen. Der Steuerabzug würde dann insoweit an die Stelle der ordentlichen Veranlagung treten; das vom Steuerabzug getroffene Einkommen würde überhaupt nicht mehr zur ordentlichen Einkommensteuer veranlagt werden; durch den Steuerabzug wäre der Steuerpflichtig bezüglich dieses Einkommens bereits genügt.

Nach § 30 Abs. 1 des Einkommensteuergesetzes gilt aber die für das Rechnungsjahr festgestellte endgültige Steuer als gleich als vorläufige Steuer für das folgende Rechnungsjahr. Der Steuerpflichtige, der einen Steuerbescheid für das Jahr 1920 erhält, wird deshalb in diesem Bescheid aufgeführt, die für das Rechnungsjahr 1920 festgestellte Steuer auch als vorläufige Steuer für das Rechnungsjahr 1921 in vierjährlicher Teilzahlungen zu entrichten. Für das Rechnungsjahr 1920 werden nach den gesetzlichen Bestimmungen auch noch alle Lohnempfänger besonders veranlagt; sie erhalten daher einen Steuerbescheid mit der Aufforderung zur Entrichtung der vorläufigen Steuer für das Rechnungsjahr 1921. Da sie jedoch, wenn der erwähnte Entwurf über die Lohnsteuer Gesetz wird, für das Rechnungsjahr 1921 mit dem bereits von der Lohnsteuer getroffenen Einkommen überhaupt nicht mehr veranlagt werden, so wäre ihnen dann insoweit für 1921 auch keine vorläufige Einkommensteuer anzufordern. Die den Lohnempfängern nach den jetzt noch geltenden Gesetzesbestimmungen für das Rechnungsjahr 1921 gleichwohl angeordnete vorläufige Steuer wird deshalb, soweit ihnen der Steuerabzug gemacht wird, gestundet; sie brauchen diese Steuer einzuweisen nicht zu entrichten, weil sie infolge der zu erwartenden Gesetzesänderung voraussichtlich nicht endgültig angefallen wird; denn an ihre Stelle wird vermutlich die Lohnsteuer treten.

Auf die Durchführung des Steuerabzugs ist die Verordnung überhaupt ohne Einfluß. Der Steuerabzug ist nach wie vor nach den geltenden Vorschriften zu machen; die Verordnung ist also nicht in dem Sinne aufzufassen, daß etwa auch der Steuerabzug vorerst zu unterbleiben hätte. Die Verordnung wird übrigens in der Hauptsache erst dann praktische Bedeutung erhalten, wenn die Steuerbescheide für das Rechnungsjahr 1920 ausgegeben sind. Wohl mit aus diesem Grunde hat der Reichsfinanzminister die Veröffentlichung der Verordnung in den Tageszeitungen bis jetzt nicht angeordnet.

Nachträge und Berichtigungen

zu dem vom Badischen Statistischen Landesamt herausgegebenen Verzeichnis der Märkte und Messen in Baden 1922. (Nach dem Stande vom 30. Juni 1921.)

Baden: Stadt der Krämer-, Hanf- und Federmärkte findet nur Schaubudenmarkt mit Geschiebmarkt statt. — **Dauausstellungen:** Am 29. November findet ein weiterer Rindviehmarkt statt. — **Freiburg:** Pferdemarkt einer im März und Oktober; Abhaltungstage werden jeweils besonders bestimmt. — **Karlsruhe:** Pferd- und Rindviehmärkte finden statt am 4. Januar, 1. Februar, 1. März, 5. April, 3. Mai, 7. Juni, 6. Juli, 2. August, 6. September, 4. Oktober, 2. November, 6. Dezember; Pferd- und Rindviehmärkte finden am 30. April. Die Rindvieh- und Schweinmärkte werden Montag und Donnerstag, und zwar für Großvieh von 9—1 Uhr, für Kühe, Schafe und Ziegen von 11—1 Uhr, für Schweine Montags von 8—12 Uhr und Donnerstags von 9—1 Uhr; Pferd- und Rindvieh- und Schweinmärkte finden am 10—1 Uhr. — **St. Blasien:** Die Krämer-, Rindvieh- und Schweinmärkte fallen aus. — **Schliengen (Amt Müllheim):** Rindvieh- und Schweinmärkte finden statt: 23. Januar, 27. Februar, 27. März, 24. April, 22. Mai, 26. Juni, 24. Juli, 28. August, 25. September, 23. Oktober, 27. November, 27. Dezember. — **Wöhrenbach (Amt Wilingen):** Die Krämermärkte finden nicht statt.

Der deutsche Kongress für Volks- und Jugendspiele

nahm in seiner Hauptausführung weiterhin Zusätze zu den bereits gemeldeten Entschlüssen an und zwar zu den Punkten, daß der Spielnachmittag am und Wandertag auch im Winter durchzuführen seien, daß die Mittel zu ihrer Durchführung bereitgestellt werden müßten und daß ihre Durchführung nicht zu den Nebenbeschäftigungen gehört, für die Vergütungen nicht zu zahlen sind. Das Spiel müßte die Einführung der täglichen Turnstunden neben dem pflichtgemäßen Nachmittag sein. Zur Förderung der Leibesübungen auf dem Lande sei die Anstellung hauptamtlicher Kreise für Jugendpflege und bei den Landes- und Provinzialregierungen hauptamtliche, fachkundige Dezenten für Leibesübungen zu fordern.

An die Sitzung des großen Ausschusses schloß sich eine zweite öffentliche Sitzung, in der Hr. Dr. Prof. Berlin über Leibesübungen und die Frauen und der Vorsitzende des Schwimmverbandes Dr. Gelsow über die kulturelle Bedeutung des Schwimmens referierte, woran sich eine lebhafte Aussprache schloß. Nachmittags fand eine Besichtigung der größten Bades in Deutschland, des Herzelsbades, statt, wo Schaulager des Schwimmvereins Mannheim und von einer Klasse der Mannheimer Volkshochschule die ersten Übungen des in Mannheim seit Mai d. J. eingeführten obligatorischen Schwimmunterrichts vorgeführt wurden. Hieran schlossen sich Darbietungen des freien Schwimmbundes „Nove“ im Neckar, darunter ein Sprung von der Neckarbrücke zwecks Errichtung eines Grottenbades. Des weiteren fanden auf dem Sportplatz Schweden turnerische und sportliche Darbietungen der freien Turnerschaft Mannheims statt. Am dritten Tag fand eine Sitzung des Unterausschusses für die Landesjugend und für die Erziehung des weiblichen Geschlechts sowie Ausflüge in die Umgebung statt.

Bei dem Vorliegen des 16. Kongresses für Volks- und Jugendspiele lief nachmittags folgendes Telegramm ein aus Freiburg: Die badischen Hochschulen zum Weltkampf vereinigt wünschen dem Kongress besten Erfolg, durchdrungen von dem gemeinsamen Interesse.

Kurze Nachrichten aus Baden.

* Nr. 37 des Badischen Gesetz- und Verordnungsblattes hat folgenden Inhalt: Verordnungen des Ministeriums des Innern: die Regelung des Verkehrs mit Getreide im Wirtschaftsjahr 1921/22; des Ministeriums des Kultus und Unterrichts: Schutz von Denkmälern und Kunstwerken.

Landesfeuerwehrunterstützungskasse. Nach dem oben angegebenen Geschäftsbericht für das Jahr 1920 hatte die Landesfeuerwehrunterstützungskasse in diesem Jahre u. a. folgende Aufwendungen: a) Unterstützungen an verunglückte Feuerwehrmänner und Mitglieder von Völkermannschaften, sowie an Dintensliebende von solchen Personen in 115 Fällen 62 620 M. 82 Pfg., darunter 54 wiederkehrende Unterstützungen im Jahresbetrag von 45 025 M. 32 Pfg. b) Beiträge an Feuerwehren und Gemeinden zur Anschaffung von Beschädigten und Ausrüstungsgegenständen in 52 Fällen 251 175 Mark 70 Pfg. Für die Beschaffung der Feuerlöscheinrichtungen durch die einzelnen Bezirke bestellten Feuerlöschinspektoren und für die Haftpflichtversicherung der Feuerwehren und Völkermannschaften wurden aufgewendet 35 304 M. 12 Pfg. Zur Verteilung dieser Aufwendungen stand der Kasse neben den Zinsen aus dem Grundbesitzvermögen mit rund 33 900 Mark, aus den von der Gebäudeversicherungsanstalt und von den im Lande zum Geschäftsbetrieb zugelassenen Feuerversicherungsunternehmen für gemeinnützige Zwecke zu leistenden Beiträgen den ihr vom Ministerium des Innern zugewiesene Betrag von 300 000 Mark zur Verfügung. Das Vermögen hat sich im Jahre 1920 um 305 927 M. 07 Pfg. vermehrt und beträgt zurzeit 1 092 235 M. 83 Pfg.

DZ. Die Mäuseplage macht sich immer mehr fühlbar. Der Schaden, der dadurch auf den Feldern und in den Gärten verursacht wird, übertrifft noch bei weitem den vom Jahre 1918. In manchen Gegenden darf der Schaden durch Mäusefräßen auf 50 und mehr Prozent geschätzt werden. Lebhafte Klagen kommen aus der Umgebung von Forstheim, Brüggen, Dillstein, Birkenfeld. Aus Gochsheim wird gemeldet: Die Wintergerste ist zum Teil schon ausgerodet. Der Ertrag ist nicht besonders gut, da die Mäuse fruchtbar gemüht haben. In vielen Gegenden sind die Gemeinden dazu übergegangen, jede abgeerntete Mäus mit 5 bis 10 Pfennig zu vergüten. So sind in einigen Dörfern Württembergs in kurzer Zeit 16—18 000 Mäuse abgetötet worden, was auf die ungeheure Menge dieser schädlichen Rager schließen läßt.

DZ. Mannheim, 5. Juli. Hier wurde der Bezirkstarif für das Gebiet des Süddeutschen Zigarrenfabrikantenverbandes zum Abschluß gebracht. Durch den Abschluß des Tarifs, der für Oberbaden, die Rheinpfalz und ganz Süddeutschland Geltung hat, wurden die bisherigen Löhne einschließlich der Feuerungsanlagen als feste Löhne festgelegt und teilweise noch kleine Lohnverbesserungen erzielt.

DZ. Mannheim, 2. Juli. Der Stadtrat hat in den Aufträgen der Bekleidungsindustrie dem Arbeitsministerium den Oberbürgermeister Kuber als Vertreter der Stadt vorgeschlagen. Der Stadtrat hat für die Instandsetzung der Straßenschnellbahn in der Schwabingerstraße 318 500 Mark, für die Elektrifizierung je einer Gleisrichtanlage in Stadt, Elektrizitätswert 1 400 000 Mark, für die Aufstellung von 2 Akkumulatorenbatterien 60 000 M. und für laufende Betriebsvermehrungen bei den Gas-, Gas- und Elektrizitätswerken 2 117 300 M. beim Bürgerausschuß angefordert.

DZ. Heidelberg, 8. Juli. Über das Verbleiben der beiden vor einigen Tagen hier spurlos verschwundenen Bürgermeister hat man noch immer keine Anhaltspunkte. Die Stadt Herford hat 10 000 M. Belohnung für die Auffindung des Oberbürgermeisters ausgesetzt. Oberbürgermeister Busse befand sich zur Zeit auf einer Ferienreise und kam von Stuttgart, wo er dem Städtetag beigewohnt hatte. Oberbürgermeister Busse ist 55 Jahre alt und Bürgermeister Werner 42. Nach dem alles Suchen bis jetzt vergebens war, gewinnt die Annahme an Boden, daß die beiden Herren einem Verbrechen zum Opfer gefallen sind und wahrscheinlich in der Nähe Heidelbergs verstorben wurden. Die Angelegenheit gewinnt nun dadurch einen weiteren befremdlichen Charakter, daß neuerdings seit einigen Tagen ein 27-jähriger Kaufmann namens Sorki Sorki aus Berlin verschwunden ist. Er hatte sich in einem hiesigen Hotel einlogiert, wo er mehrere Wochen wohnte und am 21. oder 22. Juni wegging mit der Angabe, sofort wieder zurückkehren zu wollen. Da der junge Mann seine Rede bezahlte und seinen Koffer hier zurückgelassen hat, so dürfte auch der Fall nicht ausgeschlossen sein, daß auch er einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist.

DZ. Giebelingen, 5. Juli. Ein in unserer Gegend seltenes Naturereignis war in der letzten Woche zu beobachten. Bei einem heftigen Sturm erhob sich plötzlich ein Windsturm mit einem Durchmesser von etwa 12 bis 15 Meter, die sehr rasch über die Wiesen fuhr und feu, samt Rechen und Gabeln, hochturmhoch in die Höhe wirbelte, ja ganze Wiesen mit Heu abräumte. Nach einiger Zeit regnete das Heu dann auf weit entfernte Wiesen nieder.

DZ. Vom Segau, 5. Juli. Die Getreidefelder versprechen eine schöne Ernte. Weniger günstig sind die Obstausichten. Die Reifbäume vertragen dieses Jahr fast völlig.

Aus der Landeshauptstadt.

Das städtische Niefelfeld auf dem Karlsruher Exerzierplatz.

Veranlaßt durch die große Lebensmittelnot während des Krieges und den beängstigenden Mangel an Düngemitteln hatte sich die Stadtverwaltung Karlsruhe schon im Jahr 1917 mit dem Gedanken befaßt, die städtischen Wälder zum Nutzen der Land- und Gartenwirtschaft zu verwenden. In der Folge hat sich die Gelegenheit, für die geplante Anlage den früheren Exerzierplatz in Anspruch zu nehmen. Der Eigentümer des rund 78 Hektar großen Platzes, das bad. Domänenamt, fand sich bereit, ihn der Stadt, wenn auch nicht käuflich, so doch zunächst auf 30 Jahre gegen einen mäßigen Preis pachtweise zu überlassen.

Vor Ausführung des Unternehmens hatte die Stadt die Gutachten verschiedener Sachverständiger erhoben, die zu dem Ergebnis kamen, daß man unter allen Umständen dazu raten müsse, Versuchsanlagen zu bauen. Als eine solche ist das nun fast fertiggestellte Niefelfeld im Hinblick auf die große Niefel-anlage im Norden der Stadt Karlsruhe zu betrachten, welche von der Kulturinspektion Karlsruhe geplant wird. Der Baubeginn würde, nachdem alle Hindernisse aus dem Wege geräumt wären, am 1. Oktober herbeigeführt, als die im letzten Herbstjahr immer bedrohlicher werdende Erntelosigkeit die Stadt zwang, Arbeitslosigkeit zu schaffen. Der Bürgerausschuß stellte die für den Bau erforderlichen Mittel in Höhe von 750 000 M. bereit, und es konnte so während der letzten 9 Monate eine große Zahl von Familienältern die erwünschte Beschäftigung finden.

Es ist zu hoffen, daß die Opferfreudigkeit des Bürgerausschusses durch den Erfolg belohnt wird, den die Pächter der Niefelgärten aus ihren Grundstücken erzielen.

Das Niefelfeld ist nicht nach einem bestimmten System angelegt; die Wasserverwendung erfolgt vielmehr nach verschiedenen Systemen, je nach den Geländebewegungen. Der Exerzierplatz wird von einem Netz von Haupt- und Nebengräben durchzogen, von denen aus sich die eigentlichen Verteilungsgräben abzweigen. An diesen liegen die Gärten, die selbst wieder durch ein Netz von teils fließenden, teils nach der Wässerung wieder verbleibenden Furchen abgeteilt sind. Zum Zweck der Verbindung können mit Hilfe niedriger Erdbämm-

den die Gärten je nach ihrer Lage im Ganzen oder in einzelnen Teilen völlig überflutet werden. Leider haben einzelne der Pächter, die mit der Sache noch nicht vertraut sind und erst Erfahrung sammeln müssen, die Gärten ohne Rücksicht auf die Wässerung in der sonst üblichen Weise der Kleingärten angelegt; ihnen wird es daher auch nicht möglich sein, in diesem Jahr den vollen Nutzen aus dem Wasser zu ziehen.

Die Verteilung des Wassers geschieht in den Haupt- und Nebengräben mit Hilfe von fest eingebauten Schliefen. In gewissen Abständen durchlöchernde kurze Röhrenbohlen die Dämme jener Gräben und führen das Wasser den Verteilungsgräben und den einzelnen Grundstücken zu. Der Verschluß der Bohlen und der Öffnungen in den Verteilungsgräben wird auf die einfachste Weise durch Rasenstücke und Erde gebildet. Der ganze Platz ist durch die Hauptgräben in eine gewisse Zahl von Kammern eingeteilt, denen das Wasser abwechselnd nach einem festliegenden Stundenplan zugeführt wird.

Das Niefelwasser wird dem Neugraben entnommen, einem städt. Hauptabwasserkanal, der in Mühlberg vom Landgraben abzweigt und dem Westrande des Hartwaldes entlang nach dem Kärwäldchen in Neureut zieht. Der Pumpenschacht befindet sich etwa 400 Meter nördlich der Kaserne des ehemaligen Telegraphenbataillons. Die Zentrifugalpumpe, welche darin untergebracht ist und elektrisch angetrieben wird, hebt eine Wassermenge von 100 l/sec. auf etwa 8 Meter Höhe. Die Druckleitung ist zur Ersparung an Kosten aus Steinzeugröhren hergestellt. Sie erhebt im Hartwald am Südende der ehemaligen Schießstände und findet ihre Fortsetzung in einem offenen Graben, der die Gräben des Niefelfeldes speist. Kurz unterhalb des Endes der Druckleitung ist eine Einrichtung getroffen, die es ermöglicht, die städt. Latrinewagen in den Zubringer zu entleeren und so die zum Niefeln verwendeten Kanalarbeiter mit Düngemitteln anzureichern. Beim Eintritt des Zubringers auf das Niefelfeld ist ein Schlammbedeckungsband, in welchem im Bedarfsfälle das Niefelwasser zunächst entschlammung werden kann. Nördlich des Schlammbedeckungsbandes ist eine Kompostieranlage gebaut, in welcher städt. Müll- und Kanalschlamm mit Hilfe der Latrine zu Dünger verarbeitet werden soll, um auf Verlangen an die Pächter der Niefelgärten käuflich abgegeben zu werden.

Zur Bedienung der Pumpe und zur Regelung der Wasser-Verteilung usw. beschäftigt die Stadt neben einem Niefelwärter, dessen Wohnung sich in dem auf der Westseite des Platzes stehenden Schuppen befindet, z. B. noch einige Arbeiter.

Ursprünglich hatte die Stadtverwaltung beabsichtigt, die Verpachtung des Niefelfeldes auf einige Jahre selbst zu übernehmen. Bei der lebhaften Nachfrage nach Niefelgärten seitens der Bürgerschaft entschloß sie sich aber, den Platz sofort aufzuteilen und die einzelnen Lose zu verpachten. Es werden so etwa 400 Grundstücke geschaffen, welche, je nach dem Wunsch der Pächter, 300 bis 72 000 Quadratmeter groß sind. In der Regel messen sie zwischen 500 und 1000 Quadratmeter. Auf dem größten dieser Lose hat sich eine Gärtnerin angesiedelt. Die Pächter sind zu einer Genossenschaft vereinigt.

Bei der Festsetzung des Pachtpreises, vorläufig 14 M. per Acker, ließ sich die Stadt von dem Gedanken leiten, daß ihr nur ihre tatsächlichen Ausgaben ersetzt werden sollen, und daß ein etwaiger Gewinn ausschließlich den Pächtern zugute kommen soll. Diese sind dafür allerdings verpflichtet, ihre Garten-erzeugnisse, soweit sie nicht für den eigenen Haushalt verwenden werden, nur in Karlsruhe abzugeben, solange daselbst hier für Nachfrage besteht.

Nach dem Urteil der Sachverständigen eignet sich die Niefelkultur hervorragend für den Anbau von Gemüse, Kartoffeln, Dick- und Futterrüben; es ist aber auch möglich, mit Erfolg Wiesen anzulegen oder Getreide zu bauen.

Heute ist der Platz bis auf verhältnismäßig wenige Lose und bis auf das Spielfeld in der Südwüste, das dauernd dem Sport und Spiel erhalten werden soll, an die Pächter vergeben.

Der gegen Abend den Platz besucht, wird erstaunt sein über die große Zahl von Menschen, die ihn arbeitend bevölkert. Möge das neu geschaffene „Kulturwerk ersten Ranges“, wie das Unternehmen von einem der Sachverständigen genannt wurde, im Laufe der Jahre sich immer besser entwickeln und reiche Früchte tragen, durch Hebung der Volksgesundheit und Befriedung der Liebe zur Scholle und zur Natur.

Der Reichsbund der Kriegsbefähigten, Gau Baden, hatte am vergangenen Sonntag 149 Uhr in den Räumen der Hauptfürsorgestelle, Schloßbezirk 10, eine Konferenz sämtlicher Weisiger und Stellvertreter des Militärverorgungs-Gerichtsbereichs Karlsruhe einberufen. Über die Verhandlungen wird u. a. berichtet: Im ersten Punkt behandelte der Geschäftsführer Reichsverbandes Gau Baden für die Kommissariats-geschäftsstelle Karlsruhe das Militärverorgungsgerichtswesen. Er schilderte zunächst kurz das alte Rentenverfahren nach dem Mannschaftsversorgungsgesetz 1906 und kam dann auf die Errichtung der Militärverorgungsgerichte zu sprechen. Redner ging dann weiter auf die Entwicklung der Militärverorgungsgerichte und das neue Spruchverfahren in seiner Praxis des näheren ein und schilderte die Schwierigkeiten, mit denen der Reichsbund bei Errichtung der Gerichte und der Berufung der Weisiger hierzu zu kämpfen hatte und führte dabei Klagen über die Haltung der Haupt- und Versorgungsämter gegenüber den Versorgungsansprüchen und bezeichnete die Einführung einer zweiten Kammer als dringende Notwendigkeit. Um die Interessen der Opfer des Krieges vor den Militärverorgungsgerichten richtig vertreten zu können, sei es weiter dringend notwendig, daß sich die Weisiger aus den Reihen der Versorgungsberechtigten mit der Materie des neuen Gesetzes in allen Punkten vertraut machen und die Notwendigkeiten sich rechtzeitig an die Organisation wenden und bei Zeiten das nötige Beweismaterial herbeischaffen. Nur wenn beide Teile, Weisiger und Vertreter zusammenwirkten, könnten die Militärverorgungsgerichte zum Nutzen der Versorgungsberechtigten weiter bestehen.

In der sich anschließenden Diskussion wurden in der Hauptsache die am hiesigen Gericht gemachten Erfahrungen der Weisiger gegenseitig ausgetauscht und der dringende Wunsch ausgesprochen, die Gauleitung möge die Weisiger mit dem nötigen Lesematerial und mit den einschlägigen Bestimmungen der Erwerbsminderungs-Verfahren, damit die Weisiger am Gericht besser arbeiten können. Ferner wurde beschlossen, alle Vierteljahr eine beratende Konferenz abzuhalten. Der Gauleitung bleibt der Zeitpunkt der Einberufung vorbehalten. Weiter wurde die Gauleitung beauftragt, beim Bundesvorstand in Berlin dahingehend zu wirken, daß er mit allem Nachdruck bei der zuständigen Stelle für eine bessere Bezahlung der Weisiger an den Militärverorgungsgerichten eintritt.

Das Hygiene-Museum „Mutter und Kind“ im Kinderkrankenhaus, Karl Wilhelmstraße 1, das sich eines fortgesetzten regen Besuches erfreut, wird auch in den nächsten Wochen jeden Mittwoch und Sonntag von 1/2—4 Uhr und Samstag von 4—6 Uhr geöffnet sein. Von Zeit zu Zeit sollen auch Führungen durch Sachverständige veranstaltet werden. Die erste derartige Führung findet nächsten Samstag, nachmittags um 1/2 Uhr, statt.

Landestheater. Das Badische Landestheater erwarb das mit dem Max Rechnerpreis ausgezeichnete Drama „Anna Bolshyn“ von Emil Bernhard zur alleinigen Aufführung.

Städtisches Konzerthaus.
Freitag, den 8. Juli, 7 bis 10 Uhr. Mk. 12.20
Der Graf von Luxemburg.

Sommer-Spielzeit im Konzerthaus.
Sa. 9.* Neu einstudiert. Der Vogelhändler. 7. (16.20.)
— So. 10., nachm. 2 1/2.* Der Graf von Luxemburg. (8.70.), abends 6 1/2.* Der Vogelhändler. (16.20.)
— Die. 12.* Der letzte Walzer. 7. (12.20.) — Mi. 13.*
Der Graf von Luxemburg. 7. (12.20.) — Do. 14.*
Der letzte Walzer. 7. (12.20.) — Fr. 15. Volksbühne.
R. 1. Der Vogelhändler. 7. — Sa. 16.* Zum ersten Male. Die Frau im Hermelin. Operette in 3 Akten von Rudolph Schaner und Ernst Weisch. Musik von Jean Gilbert. 7. (16.20.) — So. 17., nachm. 2 1/2.*
Der letzte Walzer. (8.70.), abends 6 1/2.* Die Frau im Hermelin. (16.20.)

Umtausch der Vorzugskarten und Vorkaufrecht der Inhaber von Vorzugskarten am Samstag, den 9., nachm. 1/4—5 Uhr, allgemeiner Verkauf von Montag, den 11. an. K.386

GALERIE MOOS
187 Kaiserstraße 187
SONDERAUSSTELLUNG
HANS V. HAYEK
Graphik von v. KOCH usw.
JULI 1921. S.403

E. Büchle Kunsthandlung und Rahmenfabrik 3842
Karlsruhe, Kaiserstr. 128 zwisch. Wald- u. Karlstraße
Wandbilderschmuck
Inh.: W. Bertsch :: **Bildereinrahmungen**

Gegen Feldmäuse



gibt es laut den vielen Gutachten kein zuverlässigeres Radikal-Mittel als
Springer's la. Saccharin-Strychnin-Haferkern

durch und durch vergiftet, reichlich verstreut und mit Witterung versehen, stärkste zulässige Qualität, garantiert 5% Strychnin enthaltend zum Preise von Mark 2.50, 6.— und 12.—. Man lasse sich keine minderwertige Qualität, bei welcher der Kern außen nur schwach vergiftet ist, aufreden. K.349
Springer's Phosphorlatwerge in 10 Kg.-Patenteimer Mark 9.— pr. Kg., sowie in Dosen zu Mark 2.50, und 5.— ab Fabrik.
Chem. Fabrik Anton Springer, Karlsruhe i. B., nur Eitlingerstraße 51. Tel. 2340. Leistungsfähigste Spezialfabrik zur Herstellung von Feldmäusevergiftungsmitteln.

In sch. Vorort Freiburg
Villa
10 Zimmer, Nebenraum, el. Licht, laubd., Wasser, Bier- und Kuchengarten, Mieteinnab. Mt. 2000. Wohnungsaustausch mögl. Sofort zu verkaufen. Auskunft unt. Nr. 1570 erteilt St.407
Immobilien-Verwertungs-Gesellschaft Fißler & Co., München, Frielmayerstr. 10. Tel. 51519.

J.28.21 Karlsruhe. Die Ehefrau des Erbarbeiters **Quirino Gaetano Stefani,** Auguste geb. Traut in Pforzheim-Dill-Weissenstein, Davosweg, Nr.17. I. Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt **Schürmann** in Pforzheim, klagt gegen ihren Ehemann **Quirino Stefani,** früher zu Pforzheim, zurzeit unbekannt wo, unter der Behauptung, daß der Beklagte über ein Jahr lang gegen den Willen der Klägerin in bösslicher Absicht von der hiesigen Gemeinschaft sich ferngehalten hat und die Voraussetzungen für die öffentliche Zusperrung seit Jahresfrist bestanden haben, mit dem Antrage auf Scheidung

der am 3. Februar 1900 in Dill-Weissenstein geschlossenen Ehe aus Verschulden des Beklagten u. Verurteilung des Beklagten zur Tragung der Kosten.
Die Klägerin läßt den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 2. Zivilkammer des Landgerichts zu Karlsruhe auf Freitag, den 21. Oktober 1921, vormittags 9 1/2 Uhr, mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gerichte zugelassenen Rechtsanwalte als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen. Karlsruhe, 30. Juni 1921. Der Gerichtsschreiber des **Lab. Landgerichts.**

Solhversteigerungen des Forstamts Waldsiedl i. Fr. Freitag, den 15. Juli, früh 9 Uhr, im Rathaus in Bieberbach aus dem **Rehsteden** als Brennholz; 4 Löße Schlagraum. Vorzeiger **Forstwart Dufner, Bieberbach.** Nachmittags 4 Uhr im Rathaus in Elzach aus dem **Kalmer u. Buhl, Eichenabschnitte 1 IIIb, 3 IV. AII.; Brennholzster:** 54 meist buchene, 70 tan-

nene Scheller; 16 meist buchene, 42 tannene Brügel; 31 meist tannene Reisbrügel; 2 Löße Schlagraum. Vorzeiger: **Forstwart Oswald, Elzach.**
Samstag, den 16. Juli, früh 11.30 Uhr, auf dem **Sozialplatz** im Eitersbach bei Unterfimmerswald: **Ahornabschnitte 2 IV., 3 V. AII. Brennholzster:** 1128 meist buchene (auch abornene und eichene) 150 tannene Scheller, 250 meist buchene Brügel; 69 meist buchene Reisbrügel. Vorzeiger **Forstwart Dufner** im Eitersbach. J.59.2
Fortsetzung der öffentlichen Versteigerung gegen Veräußerung: **Fundstücken** vom 1. Vierteljahr 1921 und **unabringliche Güter,** darunter 1 **Damenfahrad** ohne Gummi, **Wegereiarbeitsmittel** (Fleischhaken, Wurstrichter), 36 gebrauchte **Gatterfägen, Flüßigfahnen,** ein eis. **Benzinfaß** am Dienstag, den 12. Juli, **vormittags 8 Uhr** beginnend, im Versteigerungssaal **Karlsruhe Hauptbahnhof** (Eingang **Karlsruhbahnhof**). Die besonders genannten Gegenstände werden von 10 Uhr **vormittags** an ausbezogen. Karlsruhe, 6. Juli 1921. **Materialamt der Eisenbahn-Generaldirektion.**

4. Ziehungsliste
der Deutschen Spar-Prämienanleihe von 1919.
(Ziehung vom 1. Juli 1921).

Bei der heutigen Gewinnverlosung wurden gezogen: — die gezogenen Gruppen und Nummern gelten für alle vier Reihen —

Reihe A-D	Gewinn	Reihe A-D	Gewinn	Reihe A-D	Gewinn	Reihe A-D	Gewinn	Reihe A-D	Gewinn	Reihe A-D	Gewinn	Reihe A-D	Gewinn	Reihe A-D	Gewinn	Reihe A-D	Gewinn	Reihe A-D	Gewinn	
Gruppe	Nr.	Gruppe	Nr.	Gruppe	Nr.	Gruppe	Nr.	Gruppe	Nr.	Gruppe	Nr.	Gruppe	Nr.	Gruppe	Nr.	Gruppe	Nr.	Gruppe	Nr.	
2	257	262	74	2000	476	271	3000	726	286	1000	997	353	2000	1175	151	3000	1447	132	5000	
4	84	263	236	1000	477	267	1000	731	318	5000	1003	24	1000	1878	204	3000	1661	56	5000	
4	325	1000	265	398	1000	478	127	2000	732	303	5000	1008	248	2000	1195	155	5000	1448	339	3000
6	371	1000	268	375	1000	479	354	1000	734	296	1000000	1020	279	1000	1199	35	2000	1455	273	1000
10	327	2000	270	161	1000	480	329	5000	735	203	10000	1021	167	1000	1203	90	1000	1457	305	1000
13	78	1000	271	63	3000	480	386	2000	736	202	2000	1022	182	2000	1204	391	5000	1457	158	1000
15	320	1000	273	37	10000	483	39	3000	738	108	5000	1025	245	2000	1207	348	3000	1468	24	1000
21	227	25000	278	140	3000	489	72	3000	747	254	5000	1026	1	5000	1210	218	3000	1476	338	2000
37	65	1000	282	311	1000	500	19	1000	756	253	1000	1026	299	1000	1212	250	3000	1482	358	2000
50	110	1000	293	179	25000	501	300	5000	758	284	50000	1036	252	1000	1219	395	2000	1484	282	1000
55	126	1000	299	244	1000	504	327	3000	761	3	1000	1038	54	200000	1225	204	5000	1484	385	1000
63	334	1000	306	129	1000	511	386	10000	771	320	1000	1040	72	2000	1225	244	10000	1484	394	5000
66	64	25000	325	261	2000	513	182	10000	774	17	5000	1042	40	1000000	1233	302	10000	1495	52	1000
66	202	2000	327	185	1000	521	111	1000	783	188	2000	1058	309	2000	1233	382	2000	1498	209	25000
70	245	3000	327	379	1000	528	368	1000	790	300	5000	1064	98	1000	1239	373	25000	1500	34	1000
79	138	3000	328	124	2000	532	127	1000	805	45	1000	1067	284	1000	1242	162	3000	1502	267	1000
83	87	1000	336	223	10000	538	200	3000	809	177	10000	1073	157	1000	1247	184	1000	1505	46	3000
89	193	300000	344	100	1000	539	326	10000	816	291	5000	1079	14	1000	1248	302	3000	1506	329	5000
89	224	25000	345	366	2000	546	302	50000	821	250	150000	1087	199	1000	1251	349	50000	1511	368	2000
104	388	1000	346	9	1000	546	347	2000	826	317	5000	1089	198	5000	1251	383	10000	1512	354	5000
107	310	2000	346	285	1000	551	188	10000	837	323	3000	1089	336	1000	1254	123	5000	1527	263	1000
108	197	1000	352	229	1000	561	155	5000	849	210	1000	1090	161	150000	1267	221	1000	1528	371	5000
112	161	3000	354	94	1000	570	67	5000	849	231	3000	1090	198	1000	1274	135	3000	1531	304	1000
113	362	3000	357	52	5000	574	182	1000	856	66	5000	1090	274	3000	1278	135	1000	1537	231	1000
114	270	3000	357	211	3000	574	381	1000	857	352	1000	1098	193	25000	1284	240	5000	1539	62	3000
121	348	5000	360	80	5000	580	275	1000	863	373	500000	1100	83	1000	1300	342	25000	1542	228	3000
133	390	3000	362	235	10000	583	215	3000	873	348	3000	1104	50	1000	1319	167	2000	1545	223	3000
134	290	5000	368	195	2000	588	298	1000	877	384	1000	1104	51	3000	1325	130	3000	1551	319	5000
136	145	1000	384	277	1000	596	137	10000	881	211	1000	1104	71	1000	1332	170	5000	1553	89	2000
139	28	1000	387	154	3000	601	107	1000	883	184	3000	1104	325	3000	1337	85	1000	1560	303	5000
139	384	3000	395	90	50000	602	61	25000	894	42	1000	1114	366	1000	1341	400	1000	1565	149	2000
144	397	1000	395	181	10000	602	123	2000	896	276	2000	1115	296	1000	1342	1	1000	1571	72	1000
170	288	1000	402	262	1000	618	346	5000	898	242	5000	1121	383	1000	1347	159	1000	1579	210	1000
171	37	1000	403	42	1000	619	47	1000	905	154	1000	1122	382	1000	1349	84	10000	1579	309	1000
171	37	1000	406	62	3000	619	244	3000	906	43	3000	1134	109	1000	1359	257	2000	1583	191	2000
182	25	5000	412	169	1000	626	27	3000	907	109	1000	1137	345	2000	1362	37	2000	1590	301	10000
182	55	2000	414	126	10000	642	19	1000	918	121	1000	1137	350	1000	1363	380	1000	1595	147	3000
184	199	1000	422	265	1000	648	145	50000	919	163	2000	1139	120	1000	1368	71	1000	1596	192	1000
193	137	2000	427	390	5000	649	50	2000	920	379	3000	1140	146	2000	1368	77	1000	1598	155	2000
200	113	50000	437	121	1000	651	19	2000	923	9	2000	1144	319	1000	1373	388	1000	1602	115	2000
202	77	2000	441	324	5000	651	271	2000	928	300	10000	1146	40	1000	1376	167	5000	1606	217	25000
209	30	5000	443	302	3000	669	172	1000	938	89	2000	1148	316	1000	1376	285	25000	1611	387	1000
214	107	3000	450	370	1000	670	119	2000	950	190	2000	1152	30	1000	1377	278	3000	1617	202	1000
224	200	3000	452	325	1000	693	210	5000	953	87	5000	1158	24	10000	1380	396	1000	1618	393	1000
225	7	1000	464	64	3000	702	308	2000	959	371	1000	1158	275	2000	1392	95	3000	1622	174	1000
226	209	3000	466	268	3000	708	188	5000	974	101	5000	1159	172	1000	1403	256	2000	1624	123	1000
227	351	1000	469	204	1000	716	103	1000	975	225	2000	1159	238	2000	1404	179	25000	1631	235	3000
234	278	2000	472	59	3000	721	344	1000	986	210	5000	1162	180	25000	1408	87	3000	1645	382	2000
244	1	1000	472	140	5000	724	23	50000	991	385	1000	1171	179	10000	1408	325	3000	1651	271	1000
261	201	5000	573	325	1000	724	125	100000	995	110	3000	1174	372	1000	1420	101	1000	1656	310	1000

im ganzen 2000 Gewinne im Gesamtbetrage von 20 000 000 Mark. Die Gewinne werden unter Abzug von 10 v. S. ausgeschütt.
Bei der im Anschluß an die Gewinnverlosung vorgenommenen Ziehungsauslosung wurden gezogen:
mit Bonus die Nummern 205 und 341,
ohne Bonus die Nummern 51 und 320.
Die Stücke dieser Nummern aus allen Reihen und Gruppen — im ganzen 40000 Stück über zusammen 40000000 Mark — werden hiermit zur Rückzahlung aufgerufen; sie nehmen an den weiteren Gewinnverlosungen nicht mehr teil. Die Stücke der mit Bonus gezogenen Nummern werden mit 2100 Mark, die Stücke der ohne Bonus gezogenen Nummern mit 1100 Mark zurückgezahlt.
Die Auszahlung der Gewinne erfolgt vom **1. September d. J.**, die Einlösung der zur Tilgung ausgelösten Stücke vom **20. Dezember d. J.** an von der Reichshauptbank in Berlin durch Vermittlung sämtlicher Reichsbankfilialen. Die mit Gewinn gezogenen Stücke können diesen Stellen bereits vom 1. August, die zur Tilgung ausgelösten vom 1. Dezember an zur Prüfung eingereicht werden. Bei der Auszahlung der Gewinne werden die zu deren Abhebung eingereichten Stücke zurückgegeben, nachdem sie mit einem Vermerk über die Auszahlung versehen worden sind.
Aus